



Bürgerinitiative „Freunde des Strandbads“

Die Bürgerinitiative „Freundes des Strandbads“ hat sich Anfang des Jahres 2004 spontan gegründet, als die Strandbadgaststätte im Frühjahr nicht mehr öffnete. Durch Zeitungsberichte und Insider-Informationen wurde schnell klar, dass es sich bei der Schließung der Gaststätte nicht nur um etwas Kurzfristiges handelt, sondern die Stadtverwaltung hier Grundsätzliches verändern wollte.

Mit Beginn der Initiative wurden folgende Forderungen aufgestellt:

1. Offenlegung der Pläne und umfassende Information interessierter BürgerInnen
2. Keine Vertragsunterzeichnung ohne Bürgerbeteiligung bei der Neukonzeption
3. Keine Reduzierung der Flächen für Erholungssuchende, der Spiel- und Liegeflächen
4. Keine Privatisierung auch von Teilen des Strandbads
5. Reduzierung des Verkehrsaufkommens und Stärkung des ÖPNV
6. Wiederherstellung und Pflege des gesamten Geländes inklusive des Kiesstrandes durch die Stadtverwaltung
7. Umweltgerechte Betreuung der Anlage
8. Erhalt des Gebäudes statt Abriss
9. Keine Event-Gastronomie zu Lasten von Anwohnern, Erholungssuchenden und der Natur
10. Keine Außenbewirtschaftung über das bisherige Ausmaß hinaus

zu 1. **Offenlegung der Pläne und umfassende Information interessierter Bürger**

Erst durch Bekanntwerden von Details aus der Beschlussvorlage Nr. 239/2004 zur nichtöffentlichen Sitzung des Wirtschafts- und Grundstücksausschusses am 13.05.2004 wurde nicht nur der Initiative klar, dass hier eine wesentliche Veränderung in der Nutzung der Gaststätte und dem weiteren Umfeld geplant wurde.

Nach wie vor bestehen erhebliche Defizite seitens der Stadtverwaltung. Ein erster Schritt in die richtige Richtung war die Info-Veranstaltung im Collini-Center. Dort wurden das erste Mal die Fakten offiziell auf den Tisch gelegt.

Mit dieser Veranstaltung können wir uns aber nicht zufrieden geben. Wir fordern nach wie vor die Offenlegung aller Fakten zur Strandbadplanung. Dazu gehören insbesondere Gutachten zur Bausubstanz und Protokolle der Sitzungen.

zu 2. **Keine Vertragsunterzeichnung ohne Bürgerbeteiligung bei der Neukonzeption**

Information ist das eine, Beteiligung der Bürger aber etwas anderes als das, was uns bis jetzt von der Stadtverwaltung angeboten worden ist. Die Verantwortlichen im Dezernat Schmidt haben schon signalisiert, was sie unter Bürgerbeteiligung verstehen: Repräsentative Demokratie – ihr wählt uns, und wir werden es dann schon machen. Sie tun sich sichtlich schwer mit der direkten Bürgerbeteiligung, die sie als Sand im Getriebe der gut geschmierten Verwaltungsmaschinerie ansehen. Wir sollten sie auf die Chancen hinweisen, die in der direkten Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger liegen.

Dass wir mit dieser Forderung nicht alleine stehen, ist an der Anträgen zu diesem Thema der GIG und einem großen parteienübergreifenden Teil des Neckarauer Bezirksbeirats erkennen.

An der Erstellung des Konzepts sind folgende Gruppen zu beteiligen: Stadtverwaltung, Gutachter, Freunde des Strandbads, MASTRA e.V., Lokale Agende 21 Neckarau e.V., Umweltforum (BUND), Bezirksbeiräte und Stadträte des Bezirks.

Was die Stadtverwaltung betrifft, sind wir besonders daran interessiert, dass der Fachbereich Hochbau, der FB Sport und Freizeit und der FB Straßenbetrieb und Grünflächen wieder in die Entscheidungsfindung mit einbezogen werden.

- zu 3. **Keine Reduzierung der Flächen für Erholungssuchende, der Spiel- und Liegeflächen**
- zu 4. **Keine Privatisierung von Teilen des Strandbads**

Wir werden kein Konzept akzeptieren, das eine Verringerung oder Beeinträchtigung der vorhandenen Erholungsflächen zur Folge hat. Das vorliegende Konzept der Eichbaum-Brauerei lässt uns aber genau dies befürchten (Biergarten im Bereich des Minigolfgeländes, Strandkorbvermietung etc.). Welches Konzept auch immer realisiert werden sollte, es muss so gestaltet sein, dass der Erholungswert des Strandbades nicht beeinträchtigt wird.

- zu 5. **Reduzierung des Verkehrsaufkommens und Stärkung des ÖPNV**

Dass das gesamte Umfeld des Strandbades und dessen Zufahrtswege keinen zusätzlichen Verkehr

vertragen, darüber besteht wohl allgemeiner Konsens – nur im Dezernat Schmidt nicht. Zur Verkehrsproblematik gibt es ausführliche Dokumentationen und Konzepte, die nur richtig umgesetzt werden sollten. Unsere Stellung zu diesem Punkt ist eindeutig:

- Kein einziger zusätzlicher Parkplatz (auch keine öffentlichen Parkplätze auf dem Hofgelände des Strandbadgebäudes)
- Förderung des ÖPNV mit innovativen und intelligenten Maßnahmen. Wir setzen uns für einen umweltverträglichen Verkehr ein, d. h.: Vorrang für Verkehrsmittel des so genannten Umweltverbundes, also dem Zu-Fuß-Gehen, dem Fahrrad, sowie Bus und Bahn.
- Berücksichtigung der Ansätze im Verkehrskonzept Strandbad (Vorlage 127/97)

zu 6. **Wiederherstellung und Pflege des gesamten Geländes inklusive des Kiesstrandes durch die Stadtverwaltung**

zu 7. **Umweltgerechte Betreuung der Anlage**

Unsere Initiative hat im Laufe des Sommers 2004 über 2000 Unterschriften von Strandbadbesuchern gesammelt. Bei vielen Gesprächen wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass der gegenwärtige Zustand des Strandbades „eine Schande für die Stadt Mannheim“ sei.

Die Stadt Mannheim muss an ihre Verpflichtung zur Erhaltung des Strandbads nachdrücklich erinnert werden. Dieser Verpflichtung kann sie sich auch nicht durch eine Verpachtung oder einen Erbbaupertrag entledigen. Kein Verantwortlicher für das Strandbadgebäude wird die Pflege und Unterhaltung des Strandbadgeländes und der angrenzenden Naturschutzgebiete übernehmen

wollen und können. Dies ist und bleibt Aufgabe der Stadt Mannheim entsprechend dem Vermächtnis von Consul Reiss. Der jetzige Zustand (Verkrautung der Kiesflächen, zerstörte Betonpromenade, fehlende Schutzzäune der Naturschutzgebiete etc.) ist untragbar. Das immer wieder gebetsmühlenartig wiederholte: „es ist kein Geld vorhanden“, können wir nicht akzeptieren. Ob Geld ausgegeben wird oder nicht, ist eine politische Entscheidung. Dies wird uns immer wieder vor Augen geführt, wenn zum Beispiel aus dem Nichts Monster-Arenen entstehen. Man stelle sich die Empörung vor, wenn der Paradeplatz oder das Wasserturm-Umfeld in einem Zustand wie das Strandbad wären.

In diesem Rahmen ist die Instandsetzung und Erneuerung der Spielanlagen, der sanitären Anlagen, des Minigolfplatzes (alternativ die Einrichtung eines Boule-Platzes) unverzüglich zu beginnen.

Wenn schon die Stadt Mannheim nicht in der Lage war, das Gedenken von Consul Reiss durch einen offiziellen Festakt zu würdigen, so sollte sie wenigstens mit Blick auf das Stadtjubiläum 2007 durch entsprechende Maßnahmen im Sinne des Reiss-Vermächnisses das Strandbad wieder zu einem Schmuckstück der Stadt – zum Mannheimer Lido – werden lassen.

zu 8. **Erhalt des Gebäudes statt Abriss**

Leider wird nicht durchgängig unsere Ansicht geteilt, dass das Strandbadgebäude unter Denkmalschutz gestellt werden sollte. Ein entsprechender Antrag wurde schon abschlägig beschieden. Wir sind aber dennoch der Auffassung, dass das Gebäude erhalten werden kann und muss.

Sowohl das Dezernat Schmidt als auch die

Eichbaum-Brauerei als Interessent für den Erbbauvertrag mit der Stadt Mannheim sind der Auffassung, dass die Gebäudesubstanz nicht sanierungsfähig ist. Dafür wurden aber keine Beweise vorgelegt. Auf Nachfrage musste das Dezernat Schmidt einräumen, dass ihnen kein Gutachten vorliegt, und ihre Auffassung lediglich durch Inaugenscheinnahme gestützt wird. Und hier sieht man, was man sehen will.

Sehen will man:

- dass abgerissen werden muss,
- dass ein Investor aufbauen muss (kostet 1.000.000 Euro)
- und das dies nur im Rahmen eines Erbbauvertrages über 60 Jahre wirtschaftlich zu realisieren ist.

Wir sehen hier einen kausalen Zusammenhang zwischen der Absicht, das Gebäude zu schleifen und der Veräußerung des städtischen Geländes an Private.

Im Gegensatz zum Dezernat Schmidt, das in der Bestellung eines Erbbaurechts keinen Widerspruch zum Reiss-Testament sieht, halten wir dies für eine Privatisierung des Erbes. Hierzu gibt es im Testament von Reiss eindeutige Aussagen.

Die Stadt Mannheim gibt für einen Zeitraum von 60 Jahren ihre Verfügungsgewalt über einen zentralen Teil des Strandbads in private Hand – diese Privatisierung von Stadteigentum lehnen wir kategorisch ab.

Die Horror-Szenarien, die sowohl von Eichbaum als auch der Stadtverwaltung zum Zustand des Gebäuden beschrieben und durch fragwürdige Bilddokumente zu belegen versucht wurden, können wir nicht nachvollziehen. Durch eine eigene

Begehung mit einem erfahrenen Mannheimer Architekten konnten wir im Gegenteil einen guten Erhaltungszustand der Bausubstanz feststellen. Bevor hier auch nur ein Stein abgetragen wird, fordern wir ein unabhängiges Bauzustandsgutachten (kein Wirtschaftlichkeitsgutachten).

Wenn dieses Gutachten (wovon wir ausgehen) die Erhaltungswürdigkeit des Gebäudes bestätigt, sollte ein sozial und ökologisch verträgliches Konzept entwickelt werden, wie durch die Einbeziehung von Initiativen und Beschäftigungsprojekten (IB, Diakonie etc.) die Sanierung des Strandbadgebäudes kostengünstig vorgenommen werden kann.

Immer wieder wird vom Dezernat Schmidt betont, dass es nicht Aufgabe der Stadt Mannheim sei, eine Gaststätte zu betreiben. Dies hat auch nie jemand verlangt. Wir fordern aber von der Stadt, dass sie am Strandbad ein Gebäude bereitstellt, in welchem ein Pächter eine Gastronomie betreibt, wie sie im Folgenden beschrieben wird.

- zu 9. **Keine Event-Gastronomie zu Lasten von Anwohnern, Erholungssuchenden und der Natur**
- zu 10. **Keine Außenbewirtschaftung über das bisherige Ausmaß hinaus**

Wem auch immer die Bewirtschaftung des Strandbadgebäudes per Pacht übertragen wird, hat über die Konzession eine klare Begrenzung der Flächen und Sitzplatzanzahl im Rahmen der bis 2003 bestehenden Konzession zu akzeptieren. Im Vorfeld muss eine Bewirtschaftung außerhalb der Gebäudegrenzen ausgeschlossen werden. Einen zusätzlichen Biergarten und/oder Sondernutzungen außerhalb des Strandbadgebäudes (Stichwort „Strandkörbe“) lehnen wir ab. Allenfalls ist Bewirtschaftung der Kioske im Erdgeschoss mit

mobilem Inventar in den Abmessungen von ca. 25 m² auf der Promenade zu akzeptieren (Entspricht der jetzigen Konzession am Campingplatzgebäude).

Großveranstaltungen (Beispiele: „Tenöre am Rhein“, Lindenhof Herbst 2004, Beachvolleyball-Events) kommen wegen der zuvor beschriebenen Verkehrssituation und der Beeinträchtigungen des Naturschutzes nicht in Frage.

Bürgerinitiative „Freunde des Strandbads“
sos@strandbad-mannheim.de
www.strandbad-mannheim.de

Redaktion:
Lutz Walzel, Sprecher der Initiative